

Die Kinder werden es mal schlechter haben

In der Corona-Pandemie wird jungen Leuten viel abverlangt, um Ältere zu schützen. Gleichzeitig wird ihrer Generation ein immenser Schuldenberg aufgebürdet. Auch die Klimapolitik der Eltern- und Großelterngeneration lässt die Jungen verzweifeln. Ein Generationenkonflikt – und wie man ihn lösen könnte

Von Ulrike Scheffer

Die Schuldenuhr tickt unerbittlich. Der Steuerzahlerbund hat die Anzeige im Berliner Regierungsviertel installiert. Optisch erinnert sie an eine Zeitmessanlage bei olympischen Laufwettbewerben. Junge Weltrekordhalter posieren gern in Stadien neben dem Ziffernband, die Nationalflagge stolz um den Körper gewickelt. Neben der Berliner Schuldenuhr posiert niemand, obwohl auch sie ungeahnte Rekorde anzeigt: Sekunde für Sekunde steigt der Wert der rotleuchtenden Ziffern, derzeit um fast 9000, sprich 9000 Euro neue Schulden häuft der Staat pro Sekunde an.

Die Staatsausgaben sind während der Corona-Krise in die Höhe geschossen: Soforthilfen für Gastronomie und Handel, Kurzarbeitergeld, Impfstoffbeschaffung, Schutzkleidung, bezahlt wird all das mit der Aufnahme von Schulden. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat

ausgerechnet: Bund, Länder und Kommunen werden bis 2022 rund 650 Milliarden Euro neue Schulden aufräumen. Staud jetzt. Darf die Gesellschaft den nachfolgenden Generationen diese Last aufbürden?

Die Mehrzahl derjenigen, die jetzt wichtige Entscheidungen treffen, werden die Folgen ihrer Politik selbst nicht mehr tragen müssen, denn Politiker sind im Schnitt deutlich älter als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Auch beim Klimaschutz stellt sich die Frage, ob das moralische Band zwischen den Generationen, das die Alten verpflichtet, ihren Kindern und Enkeln eine bessere Welt zu hinterlassen, noch hält. Der Anspruch, »die Kinder sollen es einmal besser haben« – ein Versprechen der Älteren an die Jüngeren –, ist aus Sicht der Generation *Fridays-for-Future* schon lange Makulatur. Sie sagen, ihnen wird die Zukunft geklaut. »How dare you«, wie könnt ihr es wagen, hielt Greta Thunberg 2019 vor den

Vereinten Nationen den Staatsführern entgegen, weil diese jahrzehntlang die Augen vor dem Klimawandel verschlossen haben. Ist das der »Krieg der Generationen«, vor dem der Soziologe und Theologe Reimer Grommeyer Anfang der 1990er-Jahre warnte, weil Familienstrukturen zerfallen und einzelne gesellschaftliche Gruppen nur noch für ihre eigenen Interessen eintreten?

Der Politologe Emanuel Richter geht so weit nicht. Er spricht von einer Seniorendemokratie, in der die Alten dominieren – mit weitreichenden Folgen für Gesellschaft und Politik. Nicht nur in Deutschland. Richter nennt als Beispiel den Brexit, für den vor allem ältere Briten und Britinnen stimmten, während junge Wähler durch die Entscheidung um ihre Zukunft fürchten. Wie konnte es so weit kommen? Und was wäre zu tun, um einen Ausgleich zwischen den Interessen und Bedürfnissen von Jung und Alt zu schaffen?

Ein junger Comedian, Nico Semsrott, hat das Dilemma seiner Altersklasse auf den Punkt gebracht: »Den Jungen gehört die Zukunft, den Alten alles andere.« Das sagt Semsrott in einem Video der *heute-show* und präzisiert: »Wählerstimmen, Macht, Geld.« Dass Ältere in der Regel über mehr Geld verfügen als junge Menschen,

ist wohl natürlich. Schließlich stehen sie länger im Beruf, konnten sich etwas anarbeiten. Doch wie steht es um Macht und Wählerstimmen?

Die demografische Entwicklung bringt es mit sich, dass es immer mehr ältere Wähler gibt. Fast sechzig Prozent der Bundesbürger sind heute älter als vierzig Jahre, 1990 waren es nur rund 47 Prozent. Besonders stark steigt der Anteil der über Sechzigjährigen, die bald dreißig Prozent der Bevölkerung ausmachen werden. Die Zahl der Jungen nimmt dagegen stetig ab. Wen wundert es da, dass ein 65-Jähriger – Friedrich Merz – seinem 49-jährigen CDU-Parteifreund – Patrick Sensburg – den Wahlkreis abspenstig machen kann? Sollte Merz im Herbst gewählt werden, dürfte er sich in altersgerechter Gesellschaft befinden. Junge Abgeordnete gibt es im Bundestag kaum. Aktuell sitzen dort nur drei Abgeordnete, die jünger als dreißig Jahre sind.

Alte wählen bevorzugt Alte, aber machen Alte auch zwangsläufig Politik für Alte? »Es ist offensichtlich, dass diese Bundesregierung mehr Politik für Alte als für Junge macht«, sagt Luise Amtsberg von den Grünen, die mit ihren 36 Jahren zu den Jüngsten im Bundestag gehört – auch in ihrer eigenen Fraktion. »Rentenerhöhungen vor einer Wahl sind keine Seltenheit, die Regierungsfaktionen wissen schließlich, wer ihre Stammwähler

Mit einem Publik-Forum-Digitalabo können Sie diesen Beitrag anhören: in der App und auf Publik-Forum.de



ler sind.« Zum Thema Schule und zur Situation junger Familien fehle vielen Älteren in der Politik dagegen der Bezug. »Das ist in der Corona-Krise deutlich geworden. Die psychosozialen Folgen der Beschränkungen für Kinder und Jugendliche und der Stress für Eltern waren lange kein Thema.«

Die Jungen müssen verzichten

In der Pandemie wird den Jungen besonders viel abverlangt. Ihr soziales Leben wurde auf Pause gestellt, um die Älteren zu schützen. Man hätte auch anders entscheiden können. So hielt Schweden das öffentliche Leben in der Pandemie weitgehend aufrecht – und nahm dafür den Tod vieler Älterer in Kauf. Deutschland ging diesen Weg bewusst nicht. Die Jungen trugen das weitgehend mit, obwohl sie auch beim Impfen als Letzte dran sind. Gedankt wurde ihnen das nicht. Im Gegenteil: Sie sehen sich um ihre Bildungschancen betrogen. Auch ein Jahr nach Pandemie-Beginn sind Schulen und Universitäten noch immer nicht flächendeckend mit Luftfiltern ausgestattet, manch eine Schule verfügt nicht einmal über ein funktionierendes WLAN-Netz. Viele Schüler erhalten daher bis heute keine Lernanleitungen per Video. Die entstandenen Defizite lassen sich kaum aufholen. Hinzu kommt, dass die Kosten der Pandemie den Investitionsspielraum von Bund und Ländern in der Zukunft einschränken werden. Auch das trifft die Jungen.

Draстisch sind auch die Folgen der Jahrzehntelang anhaltenden Ignoranz des Klimawandels. Vor allem die inzwischen in die Jahre gekommene sogenannte Boomer-Generation der heute 55- bis 65-Jährigen hat sich um die Auswirkungen ihres Lebenswandels in der Vergangenheit kaum Gedanken gemacht. Viele Boomer fahren ein großes Auto, oft auch zwei, fliegen ganz selbstverständlich mehrmals im Jahr in den Urlaub und kaufen Kleidung, Elektrogeräte und andere Dinge nicht, weil sie sie brauchen, sondern einfach, weil sie ihnen gefallen.

Diese Generation konnte und kann aus dem Vollen schöpfen. Sie erlebte keinen Krieg und keine ernste Krise, profitierte wie keine andere vom Wohlstandszuwachs, wird finanziell gut abgesichert in Rente gehen, und zumindest im Westen Deutschlands erben viele Boomer zusätzlich kleine und große Vermögen. Die nachfolgende, zahlenmäßig deutlich kleinere Generation muss dennoch ihre Renten stemmen und auch die Konsequenzen des überbordenden Konsums der vergangenen Jahrzehnte tragen. Die Forderungen junger Klima-Aktivistinnen an die Älteren in Politik und Gesellschaft, endlich umzusteuern, verhalten bisher weitgehend.

Im Bundestag werde die Fridays-for-Future-Bewegung von vielen älteren Abgeordneten als »Kinderkram« abgetan, so Grünen-Politikerin Amtsberg. »Klimapolitik gilt als Zukunftsaufgabe, obwohl es doch eine für die Gegenwart ist.« Jüngere Abgeordnete würden nicht gehört. »Dabei ist es doch wichtig, auch die Perspektive der Jungen ernst zu nehmen, wenn sie Zukunftssängste formulieren.« Amtsberg ist flüchtlingspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Mitglied im Innenausschuss. Aus eigener Erfahrung sagt sie, junge Abgeordnete hätten es grund-



sätzlich schwer, sich inhaltlich zu profilieren. Sie selbst musste sich nach dem Einzug in den Bundestag 2013, damals war sie 29 Jahre alt, abwertende Sprüche von älteren Kollegen anhören. »Da wurden mir in großer Runde im Ausschuss »väterliche Ratschläge« erteilt oder mir mangelnde Lebenserfahrung vorgeworfen: »vom Kreißsaal in den Hörsaal in den Plenarsaal«, hieß es etwa.«

Doch hat Seniorität nicht Tradition? War Lebenserfahrung nicht seit jeher ausschlaggebend für Mandate und Ämter? Und war das nicht gut so? Schon die griechische Antike kannte Ältestenräte; in Rom waren hohe Ämter ebenfalls an Seniorität geknüpft. Platon empfahl in »Der Staat«, die Macht in die Hände von Männern jenseits der fünfzig zu legen, weil diese »im Besitz der Wahrheit« seien. Auch Moses, der sich an Gott wendet, weil er sich mit der Führung des Volkes Israel überfordert fühlt, erhält den Rat, siebzehne Ältesten Israels auszuwählen, damit sie ihn – mit Gottes Geist erfüllt – bei seiner Aufgabe unterstützen. »Man kann a priori annehmen, dass sich in stark organisierten und repetierenden Gesellschaften die Erwachsenen auf die Älteren stützen. In zersplitterten Gesellschaften, in wirren oder revolutionären Zeiten gewinnt hingegen die Jugend die Oberhand«, schrieb Simone de Beauvoir 1970 in ihrer Abhandlung »Das Alter«.

Man kann darüber streiten, ob Seniorität auch in modernen Gesellschaften noch einen hohen Stellenwert hat. Viele würden dem wohl widersprechen. In der Politik sind Ältere aber weiter tonangebend. Ihre Erfahrung ist fraglos wertvoll, doch wenn sich ihr Blick zu sehr auf die eigene Altersgruppe verengt, weil von der Wiederwahl abhängt, dann gerät etwas aus dem Gleich-

wicht. Ein »es war doch immer so« hilft also nicht weiter. Denn es war nicht immer so, dass Ältere in der Gesellschaft insgesamt so stark vertreten waren wie heute.

Bis zum 18. Jahrhundert erreichten nur wenige Menschen überhaupt ein hohes Alter. Danach waren Senioren im Alltag allmählich präsenter. Politischen Einfluss gewannen zunächst vor allem wohlhabende ältere Männer aus dem aufstrebenden Bürgertum. Sie waren es, die im 19. Jahrhundert in die ersten deutschen Parlamente einzogen. Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts bekamen schließlich alle Erwachsenen eine politische Stimme. Und mit dem demografischen Wandel die Älteren unter ihnen ein immer stärkeres Gewicht.

Inzwischen sind Ältere nicht nur in den Parlamenten, Kabinetten und als Wähler überproportional vertreten. Weil die Mehrzahl der Senioren heute körperlich und geistig fit ist, treten sie zunehmend auch auf der Straße für ihre Interessen ein. Auch der Wutbürger ist eine Spielart der Seniorendemokratie. Der Demokratieforscher Felix Butzlaff stellt in seiner Dissertation zu neuen Bürgerprotestformen in Deutschland fest, »dass eine älter werdende Gesamtbevölkerung in Deutschland von einer noch rascher alternenden Protestgruppe an durchschnittlichen Jahren »überholt« worden ist«. Emanuel Richter sieht die Älten hier allerdings nicht zwangsläufig in Konkurrenz zu den Jungen. »Ältere setzen sich häufig für generationenübergreifende Belange ein, viele auch für den Klimaschutz«, sagt er. Sie seien zudem überdurchschnittlich ehrenamtlich engagiert, fungierten quasi als »Entlastungsressource des Wohlfahrtsstaats«.

Auch die Alten leiden

Doch auch der Generationenkonflikt hat Tradition. In der griechischen Mythologie lehnen sich todesmutige Götterkinder gegen ihre tyrannischen Väter auf, bei den Germanen ist die Götterdämmerung Ausgangspunkt für die Erneuerung der Welt. »Die großen politischen Bewegungen, neu und heftig, gingen fast immer von jungen Menschen aus: die russische Revolution, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus, die chinesische Revolution, die kubanische Revolution, der algerische Unabhängigkeitskrieg«, analysiert de Beauvoir.

Von systemumstürzenden Brichen sind westliche Gesellschaften heute weit entfernt. Weder junge Klima-Aktivistinnen und -Aktivistinnen noch junge und ältere Rechtsextreme, Populisten oder Querdenker stellen eine ernste Bedrohung für die parlamentarische Demokratie dar – und damit für die Vorherrschaft der Älten. Auch von einem Krieg der Generationen kann – bisher jedenfalls – keine Rede sein. Sonst wären die Jungen wohl spätestens seit der Corona-Krise an den Barrikaden.

Gerade die aktuelle Situation zeigt außerdem, dass sich die Generationenfrage nicht auf Schwarz und Weiß reduzieren lässt. Denn trotz aller Solidarität sind es am Ende eben auch in Deutschland vor allem Ältere, die an Corona sterben – und wie die Jungen unter den Härten der Beschränkungen leiden, vor allem, wenn sie in Heimen wohnen. Und längst nicht alle Älten sind privilegiert und fühlen sich gehört. Die Grundrente war kein

Wahlgeschenk, sondern lange überfällig, um massenhafte Altersarmut abzumildern. »Die soziale Frage steht über dem Generationenkonflikt«, sagt Emanuel Richter.

Müssen sich die Jungen vielleicht einfach besser einbringen – runter von der Straße, rein in die Parteien und die Parlamente? Sind sie am Ende nicht sogar selber schuld, wenn über ihre Köpfe hinweg über ihre Zukunft verhandelt wird? Das Durchschnittsalter der Mitglieder von Union und SPD liegt bei sechzig, bei der FDP und Linkspartei bei über fünfzig Jahren, und selbst die Grünen bewegen sich beim Durchschnittsalter ihrer Mitglieder hart auf die fünfzig zu.

Anna Braam, Vorsitzende der *Stiftung Generationengerechtigkeit*, widerspricht. »Wer heute einen guten Job bekommen möchte, muss mobil sein und Ortswechsel akzeptieren, da kann man sich kaum in einem Ortsverband engagieren oder gar hocharbeiten«, sagt sie. Braam empfiehlt Parteien, Jungen die Mitarbeit über Online-Verfahren zu ermöglichen. Auch Jugend-Quoten hält sie für sinnvoll. Luise Amtsberg sieht Parteien in der Pflicht, jüngere Mitglieder zu fördern und ihnen aussichtsreiche Listenplätze bei Wahlen zu verschaffen. Bei den Grünen stünden viele Junge in den Startlöchern. »Unsere Fraktion wird nach der Bundestagswahl definitiv jünger werden.« Im Fall der Grünen ist dies nicht zuletzt dem Druck der Future-Aktivistinnen und -Aktivistinnen zu verdanken. Viele von ihnen haben den Eindruck, dass Straßenprotest allein wenig bewirkt. Sie wollen nun selbst Politik machen.

Welche Möglichkeiten des Generationenausgleichs gibt es noch? Die Stiftung Generationengerechtigkeit fordert unter anderem Jugendbeiräte auf verschiedenen politischen Ebenen und ein Wahlrecht für Kinder. Die Klima-Bewegung zeige, dass auch 14- oder 15-Jährige durchaus in der Lage seien, politische Zusammenhänge zu begreifen, erklärt Anna Braam. »Kindern und Jugendlichen sollte es freistehen, ihr Wahlrecht auszuüben, sobald sie dies wollen und sie sich eigenständig beim Wahlamt eintragen können.« Eine Begrenzung des Wahlalters nach oben, das auch schon in die Debatte eingebracht wurde, lehnt Braam hingegen ab. Die Grundrechte der Älteren sind für sie nicht verhandelbar.

Emanuel Richter sieht auch die Älten als Teil der Lösung. Sie sollten sich eher noch stärker in gesellschaftliche Debatten einmischen, um die Interessen der Bürger gegenüber der Politik zu vertreten, sagt er. »Wenn Ältere können, haben sie sogar die Pflicht, sich politisch einzubringen, denn sie haben Zeit und können sich informieren.« Allerdings müssten sie dabei die Interessen der gesamten Gesellschaft berücksichtigen und nicht nur ihre eigenen. Gespräche mit kommunalen Seniorenbereitungen stimmen ihn optimistisch, dass das funktionieren kann: »Sie verstehen sich als generationenübergreifendes Partizipationsorgan.« Ob die Jungen das auch so sehen, ist fraglich. Mehr Generationengerechtigkeit wird es am Ende wohl nur geben, wenn sie mehr Einfluss auf die Zukunftsgestaltung bekommen. ➔

»Die soziale Frage steht über dem Generationenkonflikt«

Emanuel Richter